

# Rechte Angriffe auf den Klimaschutz: Wie Debatten von Rechts geführt und Angriffe gegen Klimaschutzaktivist\_innen und -maßnahmen gefördert und legitimiert werden

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

## Interview-Fragen:

Mobiles Beratungsteam  
gegen Rechtsextremismus  
(MBT) Hamburg

**Antworten:** Janine Patz  
Institut für Demokratie  
und Zivilgesellschaft (IDZ)  
und Forschungsinstitut  
Gesellschaftlicher  
Zusammenhalt –  
Teilinstitut Jena

**Projekt:** Internationaler  
Rechtspopulismus  
im Kontext globaler  
und ökologischer  
Krisen (IRÖK)

**MBT: Die Gewalt gegen Klimaaktivist\*innen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, jedoch wird die politische Motivation der Angreifenden kaum öffentlich thematisiert. Wie würdet Ihr die Angriffe auf Klimaaktivist\*innen und ihre Forderungen politisch verorten?**

JP: Das ist in der Kürze gar nicht so einfach zu beantworten. Vorweg: Angriffe, die Personen treffen, die sich für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einsetzen, können unterschiedliche Ursachen und Motivationen aufweisen. Es gilt zu prüfen, welche Bedeutung ihr Engagement und ihre gesellschaftspolitische Haltung für die Motivation der Angreifenden haben. Sind sie der Grund, warum Aktivist\*innen abgewertet oder attackiert werden, handelt es sich um politisch motivierte Taten. Soweit dürfte die Einschätzung noch Konsens sein. Bei der Frage, wo aber die politische Motivation der Täter\*innen konkret zu verorten ist, weichen Definitionen und damit auch die Einstufung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten von professionellen Beratungsstellen, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden voneinander ab.

Ich nähere mich einmal aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive an: So ermöglicht die Analyse verbaler Attacken gegen Klimaschutzakteur\*innen aus Zivilgesellschaft und Politik einen Rückschluss auf die – nicht immer reflektierten – Einstellungsmuster der Angreifenden. In den letzten Jahren sind besonders die sexistischen, antifeministischen, ableistischen und rassistischen Anfeindungen gegen Pro-

tagonist\*innen – einer überdurchschnittlich progressiven, vielfältigen und feministischen Klimaschutzbewegung – auffällig. Was hier zum Ausdruck kommt, sind Ungleichwertigkeitsvorstellungen – also das wesentliche Merkmal extrem rechter Ideologie. Auch Verlautbarungen, welche Klimaschutzaktivist\*innen als „Ökoterroristen“ oder „Handlanger einer globalen linksgrünen Elite“ denunzieren, transportieren extrem rechte und verschwörungsideologische Narrative. Die Einstellungsforschung weist zudem einen starken Zusammenhang zwischen Ideologien der Ungleichwertigkeit und Klimaschutzablehnung nach. Demnach vertreten Menschen mit klimaschutzablehnenden Einstellungen häufiger populistische und auch extrem rechte Positionen und zeigen ein deutlich niedrigeres Vertrauen in die Demokratie als Menschen, die den Klimaschutz bejahen.<sup>11</sup> Das lässt sich auch damit erklären, dass der Klimawandel, seine Folgen und die damit zusammenhängende historische wie auch künftige Verantwortung unweigerlich mit Fragen von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit verknüpft sind. Die Klimakrise fordert fundamentale demokratische Werte wie Menschenrechte und Gerechtigkeit, aber auch Themen wie Verteilung, Solidarität, Flucht und Asyl heraus. Die Forderungen nach Klimagerechtigkeit und Transformation bringen nicht nur Privilegien und den Status quo der Ressourcen- und Machtverteilung ins Wanken – sie stehen vor allem im absoluten Gegensatz zu rechten Ideologien und der Einstellung: „Wir zuerst“. In der Konsequenz rufen die Forderungen von Klimaschutzaktivist\*innen extrem rechte Akteur\*innen auf den Plan – aber auch all jene, die gewillt sind, bestehende Ungleichheiten und Ungleichwertigkeit zur Verteidigung ihrer Konsum- und Lebensgewohnheiten aufrechtzuerhalten. Klimaschutzakteur\*innen sind also besonders im extrem rechten Spektrum ein ideologisch begründetes Feindbild.

### **MBT: Welche derzeitigen rechten Diskurse nehmt Ihr in Bezug auf die Klimakrise wahr? Gibt es sich widersprechende Positionen?**

JP: Wir können zwei große Diskursrichtungen ausmachen, deren Versatzstücke aber argumentativ häufig miteinander kombiniert werden. Auch finden sich innerhalb unterschiedlicher antidemokratischer Strukturen meist beide Positionen wieder.

*Der erste Diskursstrang* ist anti-ökologistisch und leugnet mindestens den Einfluss des Menschen auf das Klima. Die Argumentation fällt entsprechend wissenschaftsfeindlich aus oder beruft sich auf eigene pseudowissenschaftliche Erkenntnisse und Verschwörungserzählungen. Klimawissenschaft ist demnach reine Ideologie, hinter der eine Lobby globaler Eliten stecke. Paradoxaerweise propagiert dieser Diskurs ausgerechnet einen „Klimarealismus“. Seine Argumentation ist extrem wohlstandschauvinistisch: Klimaschutzpolitik ist diesem Verständnis nach nicht nur überflüssig, sondern zerstöre die nationale Heimat, schädige die Bevölkerung durch eine vermeintliche Deindustrialisierung Deutschlands und vernichte allen Wohlstand. Dieser Diskurs wird keinesfalls nur in der extrem Rechten geführt. Auch marktradikale, neoliberale und konservative Akteur\*innen markieren Klimaschutz als Bedrohung für individuelle Freiheitsrechte, wirtschaftlichen Wohlstand und als Deckmantel für staatliche „Regulierungswut“. Diese politischen Spektren eint die Rechtfertigung und Legitimierung von Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit. Sie alle verfolgen die Strategie der politischen Ausgrenzung und der nationalen Abschottung zur Verteidigung von Privilegien und des Status quos westlicher Wohlstandsproduktion – auf Kosten des „globalen Südens“ und des Klimas.

1 <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>

Der *zweite Diskurs* erkennt die Ursachen des Klimawandels durchaus an. Der Kapitalismus wird als Ursprung der Probleme aller Modernen ausgemacht. Als Lösung wird eine Rückbesinnung auf eine vermeintlich „natürliche“ Ordnung propagiert. Es ist eine ökofaschistische Sichtweise, welcher – der Tradition der Blut-und-Boden-Ideologie folgend – ein völkisches Naturverständnis zu Grunde liegt. Demnach wäre die Gesellschaftsordnung biologisch gewachsen. Menschen werden naturgegebene unveränderbare Eigenschaften und Positionen zugeschrieben. Dies betrifft zum Beispiel Herkunft und Geschlecht sowie daran geknüpfte Rollenverständnisse als Ergebnis einer angeblich natürlichen binären Geschlechterordnung. Dieser Theorie zufolge stellt eine Veränderung der Umwelt auch immer eine Veränderung des „Volkes“ dar. Die Lösung der Krise, die als heimische Umwelt-, nicht aber als globale Klimakrise verstanden wird, ist die Bindung des Einzelnen an den regionalen Kontext. „Umweltschutz ist Heimatschutz“ lautet die entsprechende Parole, welche aktuell vor allem gegen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit in Stellung gebracht wird. Das aus der Naturalisierung von Gesellschaft abgeleitete Ideal des „Zurück zur Natur“ findet sich aber auch in Teilen der Öko- und Naturschutzbewegung sowie in esoterisch geprägten Milieus. Zunehmende Verbreitung erfährt auch der von rechts als unvereinbar konstruierte „Gegensatz“ von Klimaschutz und Umweltschutz. Der Vorwurf: Als „Ideologieprojekt“ gefährde Klimaschutz – und nicht der Klimawandel – Natur, Landschaft und Artenvielfalt. Auch jenseits des demokratiefeindlichen Spektrums wird dieses Narrativ beispielsweise gegen die Energiewende vorgebracht.

**MBT: In der Vergangenheit gab es vereinzelt Versuche rechter Akteur\*innen, in klimaaktivistischen Gruppen mitzuwirken. Beispielsweise mischte sich 2019 die Jugendorganisation der NPD unter eine FFF-Demo in Erfurt, um Klimaschutz zu Heimatschutz umzudeuten. Nehmt Ihr in Eurer Arbeit aktuell rechte Versuche wahr, Klimaaktivismus / klimaaktivistische Gruppen zu unterwandern?**

JP: Das Bild der Unterwanderung ist etwas schwierig, aber vor allem unvollständig. Einerseits wird Personen mit antidemokratischen Positionen immer eine bewusst täuschende bzw. instrumentalisierende Motivation für ihre Teilhabe oder gar Mitgliedschaft unterstellt. Andererseits spricht es die jeweilige Organisation bzw. Struktur frei von problematischen Einstellungen und Verhaltensweisen in „ihren eigenen Reihen“. Natürlich gibt es auch die in der Frage genannten strategischen, provozierenden und schädigenden Absichten. Dennoch sollte nicht ausgeblendet werden, dass sich demokratiedistanzierte bis demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen in allen Milieus und Altersgruppen finden und entsprechend auch in vielen unserer gesellschaftlichen Organisationsstrukturen. Das trifft umso mehr zu, wenn es thematische Überschneidungen bzw. inhaltliche Bezugspunkte gibt. Umwelt- und Naturschutz sind von jeher Themen der extremen Rechten, historisch hat der Naturschutz in Deutschland sogar braune Wurzeln. Der bereits genannte rechte Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ ist ein alter Hut. Neuer ist hingegen das In-Stellung-Bringen des Umweltschutzes gegen Klimaschutz und globale Lösungsansätze. Worauf ich hinauswill: Einerseits bringen deutsche Natur- und Umweltbewegungen ein gewisses Erbe mit sich. Zum anderen versuchen extrem rechte Akteur\*innen, die Themenfelder, die erst seit den 1960er Jahren zunehmend von progressiven Kräften besetzt wurden, zurückzuerobern.

Ich bringe einmal ein anderes Beispiel: Aktuell gibt es auf Rügen Proteste gegen das dort geplante riesige LNG-Terminal. Klimaschutzaktivist\*innen sehen sich damit konfrontiert, dass auch klimaschutzregressive bis demokratiefeindlich eingestellte Personen protestieren und versuchen anzudocken. Ihr Interesse ist weniger, die Proteste zu kapern oder zu unterwandern, sondern vielmehr den Bau um jeden Preis zu verhindern. Was auf den ersten Blick so wirkt, als gäbe es ein gemeinsames Ziel, zeugt tatsächlich von zwei entgegengesetzt motivierten Absichten. Denn anders als die Klimaschutzaktivist\*innen kämpfen die klimaschutzregressiven und eher rechts eingestellten Personen nicht für ein Ende der fossilen und auf Ausbeutung fußenden Produktion. Ihnen geht es allein um den heimischen Natur- und Landschaftsschutz. Sie streben nach einem Erhalt des Status quo – landschaftlich wie auch energiepolitisch. Abstriche bezüglich ihrer Privilegien, ihrer Konsum- und Lebensgewohnheiten möchten sie keinesfalls in Kauf nehmen. Für den Erhalt der heimischen Landschaft bei einer gleichzeitigen Fortführung der fossilen Wohlstandsproduktion fordern sie zum Beispiel, die Sanktionen gegen Russland zu beenden. Ihrer Argumentation nach ist der Bau einer LNG-Anlage vor der deutschen Küste schlichtweg so unnötig wie hässlich.

**MBT: In den sozialen Netzwerken mobilisieren rechte Akteur\*innen, wie zuvor gegen die Politik zur Eindämmung der Corona-Pandemie, nun gegen die Befunde des menschengemachten Klimawandels. Das IDZ analysierte diese rechte Mobilisierung zur Klimapolitik und warnt vor Attacken von der Allianz aus rechtskonservativen und rechtslibertären bis hin zu radikal rechten und verschwörungsideologischen Gruppen sowie vor der erhöhten Anschlussfähigkeit von deren Positionen. Was kann die Zivilgesellschaft gegen diese diskursiven Attacken unternehmen und was braucht es aus der Zivilgesellschaft, um Klimaaktivist\*innen vor rechten Angriffen zu schützen?**

JP: Leider haben sich unsere damaligen Prognosen längst bestätigt. Angriffe auf politische wie auch zivilgesellschaftliche Klimaschutzakteur\*innen und gegen konkrete Klimaschutzmaßnahmen erfolgen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren heraus, und keinesfalls nur online. Die in der Klimaschutzabwehr bereits angesprochenen Berührungspunkte zwischen extrem rechten und marktradikalen, neoliberalen und konservativen Akteur\*innen beschränken sich nicht nur auf Inhalte. Vielmehr gibt es eine längere Historie, in der sich Vertreter\*innen dieser unterschiedlichen politischen Spektren in großen Denkfabriken, Lobbyverbänden und Pseudo-Instituten zusammenfinden und durch gezielte Desinformationskampagnen konkrete Klimaschutzpolitiken aushebeln und verzögern. Neuer ist jedoch, dass im gesellschaftspolitischen Diskurs so offen extrem rechte, menschenverachtende und verschwörungsideologische Narrative von konservativen bis liberalen Akteur\*innen übernommen werden. In jüngerer Vergangenheit wurde ein gemeinsames Feindbild konstruiert. Klimaschutzmaßnahmen und grüne Politik werden zunehmend auch von Politiker\*innen von CDU, FDP oder den Freien Wählern als Ideologieprojekt denunziert, welches absichtlich den Wohlstand und letztendlich das "deutsche Volk" zerstöre. Verschwörungserzählungen wie die von der vermeintlich drohenden Klimadiktatur gehen einher

mit der Kriminalisierung von Klimaschutzengagement und -protest. Diese werden immer öfter gleichgesetzt mit Extremismus und Terrorismus. Im Kontext dieser Entwicklungen ist es wenig verwunderlich, dass auch Angriffe auf Engagierte aus Politik und Zivilgesellschaft in den vergangenen Monaten nicht nur stetig zugenommen haben, sondern teilweise auch legitimiert werden.

Selbstkritisch gilt es zu reflektieren, dass es gesamtgesellschaftlich betrachtet immer weniger gelingt, der Übernahme und Normalisierung von demokratiefeindlichen und verschwörungsideologischen Narrativen und Feindbildern, aber auch populistischen Politikstilen effektiv entgegenzuwirken. Letztendlich verengt das die Räume für Engagement enorm. Aktive benötigen mehr denn je Schutz, Support, Solidarität und Ressourcen – aber auch Angebote der professionellen Beratung, um sich den Herausforderungen präventiv wie auch im Interventionsfall stellen zu können.

Gesamtgesellschaftlich benötigen wir einen Konsens, der die Notwendigkeit von Klimaschutz und einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt. Denn nicht die von uns aktiv gestaltbaren Veränderungen werden uns unweigerlich herbe Verluste an Freiheit, Arbeitsplätzen, Wohlstand und vor allem an Natur und Umwelt bescheren, sondern die Folgen eines ungebremsten Klimawandels. Etwa in der Energie- oder der Verkehrswende liegen viele bisher kaum thematisierte Potenziale für Verbesserungen unser Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen. Bisher dominieren aber häufig die seitens der klimaschutzabwehrenden Akteur\*innen stets beschworenen „Verluste“, „Verbote“, „Nachteile“ und die geschürten Ängste die Debatten. All die positiven Entwicklungspotenziale für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Gleichheit wie auch Wirtschaft und Wohlstand bleiben dagegen oft unbeleuchtet. Das müssen wir ändern. Es ist notwendig, den Debattenraum durch kritische und faktenorientierte Diskurse zu besetzen und den Desinformationsdynamiken wie auch der antidemokratischen Agitation ent-

schieden, sachlich und mit demokratischen Standards zu begegnen. Hier existiert noch viel ungenutztes Potenzial für eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien. Zu guter Letzt brauchen auch zivilgesellschaftliche Strukturen eine selbstkritische Reflexion. Das betrifft sowohl die Auseinandersetzung mit den eigenen historischen Wurzeln und Strukturen als auch die gewählten Strategien. Gerade im Umwelt- und Naturschutz zeigen sich Anknüpfungspunkte für menschenverachtende Ideologien, die nicht zuletzt auf dessen historisches Erbe zurückzuführen sind. Andererseits ist auch die junge Klimagerechtigkeitsbewegung nicht frei von menschenfeindlichen Positionen, wie zum Beispiel die internen Konflikte um israel-bezogenen Antisemitismus zeigen.

**MBT: Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Klimakrise wird bislang nur vereinzelt diskutiert. Das IDZ weist derzeit darauf hin, dass der Klimarassismus und rechte Klimaskeptizismus-Diskurse miteinander verbunden sind. Wie hängen Eurer Einschätzung nach rechte Ideologien zur Klimakrise mit Klimarassismus zusammen?**

JP: Die meisten Menschen hierzulande verbinden mit dem Thema Klimawandel vor allem Extremwetterereignisse, Dürreperioden und Temperaturrekorde. Weniger ausgeprägt ist das Bewusstsein über die globalen Zusammenhänge. Verdrängt wird, dass andere Regionen schon sehr viel länger und dramatischer unter den Folgen leiden. Vor allem wird aber ausgeblendet, was das mit dem eigenen Lebensstil zu tun hat. Der Lebensstandard wohlhabender Industrienationen fußt auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt im sogenannten „Globalen Süden“. Die geschichtliche Entwicklung, die den industriegemachten Klimawandel hervorgebracht hat, hat zugleich auch systematische Ungleichheiten geschaffen – beispielsweise Rassismus und Klassismus. Die Industrialisierung und der massen-

hafte CO<sub>2</sub>-Ausstoß wurden erst durch Kolonialismus, Ausbeutung und Versklavung ermöglicht. Diese strukturellen Ungleichheiten werden bis heute weiter zementiert. Die reichen Industrienationen haben infolge der Globalisierung besonders schädliche Abläufe, etwa im Rahmen von Rohstoffgewinnung, Produktion und Müllentsorgung, in ärmere und von ihnen ausgebeutete Länder abgeschoben. Die Klimawandelfolgen belasten ausgerechnet diese Regionen am stärksten. Paradoxe Weise schultern nun jene Menschen die Hauptlast der Folgen des fossilen Produktions- und Konsumregimes, die historisch und aktuell am wenigsten zur Zerstörung der Umwelt und zur Schädigung des Klimas beigetragen haben bzw. beitragen. Und auch die Klimawandelfolgen schreiben die Ungleichheiten – nicht nur global betrachtet – weiter fort. So sind arme und sozial marginalisierte Gruppen stärker von Folgen wie auch Anpassungskosten belastet. Die Struktur, die das Zusammenfallen von hoher Klimafolgenbelastung, Armut und Ethnizität wie auch die Mechanismen ihrer Legitimierung bedingt, wird in der Wissenschaft auch als Klimarassismus diskutiert – in Anlehnung an die internationale Forschung zum Umweltrassismus. Klimarassismus beschreibt also die ungleiche Verteilung von Folgen und Kosten, die durch den von der Industrialisierung verursachten Klimawandel entstehen. Bei der Bearbeitung der Klimakrise geht es letztendlich darum, wie die lange verteidigten kolonialen Privilegien neu verhandelt werden. Es ist also alles andere als überraschend, dass die extreme Rechte hier auf den Plan tritt, um die globalen klimarassistischen Ungleichheiten – entsprechend ihrer Ungleichwertigkeitsideologie

– zu verteidigen. Obendrein ist es eine Strategie extrem rechter Kräfte, gesellschaftliche Krisen zu instrumentalisieren, um ihre Ideologien und Deutungsangebote zu propagieren und das politische System und die Demokratie zu schwächen. Das Verschleppen notwendiger Anpassungen über ein halbes Jahrhundert hinweg macht eine sozial-ökologische Transformation jetzt dringlicher denn je. Klimaschutzmaßnahmen, die aktuell noch wirksam sind, müssen nun einschneidender ausfallen und bieten entsprechend hohes politisches und soziales Konfliktpotenzial. Mit ihren immer spürbarer werdenden Folgen konfrontiert die Klimakrise die westlichen Wohlstandsgesellschaften nicht nur mit den über Generationen hinweg verdrängten Folgen fossiler Wohlstandsproduktion und mit ihrer abgewehrten Verantwortung; vielmehr erfordert sie die Notwendigkeit zu tiefgreifenden Veränderungen. Das kann nicht nur Verunsicherung auslösen, sondern auch den Wunsch stärken, dass alles so bleiben möge, wie es ist oder vermeintlich war. Menschen suchen nach Möglichkeiten zur Rechtfertigung ihrer Lebens- und Konsumgewohnheiten, möchten an Privilegien festhalten und wehren Verantwortung sowie Veränderung ab. Extrem rechte klimaschutzregressive Akteur\*innen liefern exklusive chauvinistische und antipluralistische Antworten auf die Klimakrise oder leugnen den Einfluss des Menschen und damit dessen Notwendigkeit zu handeln. Die Anschlussfähigkeit dieser Antworten zeigt sich besonders in den Industrienationen, wo die fossile Produktions- und Konsumwelt, mit Branchen wie Stahl, Kohle oder dem Automobilbau, als Teil der nationalen Identität verteidigt wird.

Das **Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg** ist ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird das Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.

1 <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. der Sozialbehörde dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\_innen die Verantwortung.

**Herausgeber\_innen:**

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.  
Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg,  
Registernummer: VR 9937

**Redaktion:** MBT Hamburg

**Gestaltung:** Drucktechnik Altona

**Verantwortlich im Sinne des**

**Presserechts:** Elvira Kantarević,  
Lena Thureau

**Kontakt:**

Arbeit und Leben Hamburg /  
Mobiles Beratungsteam gegen  
Rechtsextremismus Hamburg  
Telefon: 040 284016-202  
mbt@hamburg.arbeitundleben.de  
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de